RECHT aktuell

Dr. Margit Bastgen - Rechtsanwältinnen

Private Ausgabe

Talweg 7 - 54516 Wittlich
Tel: 06571 - 91 24-0
eMail: kanzlei@bastgen.com

DR. BASTGEN
RECHTSANWÄLTINNEN

RECHT aktuell

Ausgabe 04/ 2008

Mietrecht

Betriebskostenabrechnung: Ermittlung der „Kopfzahl“ nicht über Melderegister

Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass der Vermieter einer Wohnung bei der für die Berechnung der Umlage der Betriebskosten maßgeblichen Personenzahl nicht auf das amtliche Einwohnermelderegister zurückgreifen darf, um die Belegung des Hauses zu ermitteln. Maßgeblich ist allein die tatsächliche Bewohnerzahl zu einem bestimmten Stichtag. Wegen der Mieterfluktuation, insbesondere bei größeren Anwesen, sind die Angaben im Melderegister - so die Karlsruher Richter - nicht ausreichend zuverlässig. Dass die Ermittlung der tatsächlichen „Kopfzahl“ der Mieter für den Vermieter einen erheblichen Mehraufwand bedeutet, war für das Gericht unerheblich.

Urteil des BGH vom 23.01.2008
VIII ZR 82/07

Zusätzliche Hausschlüssel für Postboten und Zeitungszusteller

Befinden sich die Briefkästen eines Mietshauses hinter der abgeschlossenen Haustür, kann der Mieter vom Vermieter die Aushändigung jeweils eines weiteren Hausschlüssels für den Postboten und den Zeitungszusteller verlangen. Der Vermieter kann allerdings seinerseits darauf bestehen, dass ihm die Namen der Personen mitgeteilt werden, denen die Schlüssel ausgehändigt werden.

Urteil des AG Mainz vom
03.07.2007 - 80 C 96/07

Bankrecht

Beweisregelung bei Geldabhebung mittels gestohlener Kreditkarte

Bei Auszahlungen an Geldautomaten mit einer gestohlenen Kreditkarte kann sich die Bank gegenüber ihrem Kunden darauf berufen, er habe die Karte nicht mit besonderer Sorgfalt aufbewahrt und nicht dafür Sorge getragen, dass kein unbefugter Dritter Kenntnis von der PIN erhält. Insbesondere bei einer zeitnahen Geldabhebung nach dem Diebstahl kann angenommen werden, dass der Karteninhaber die PIN auf der EC-Karte notiert oder gemeinsam mit dieser verwahrt hat. Der Bankkunde muss dann den Gegenbeweis für einen anderen Geschehensablauf erbringen. Gelingt dies nicht, muss ihm die Bank keinen Ersatz für das unbefugt abgehobene Geld leisten.

Urteil des OLG Frankfurt/Main vom
30.01.2008 - 23 U 38/05

Steuerrecht

Kindergeld für arbeitsloses Kind

Für ein nicht mehr in Ausbildung stehendes Kind, das das 18., aber noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet hat, wird nach den gesetzlichen Regelungen Kindergeld nur dann gewährt, wenn das Kind nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und bei der Agentur für Arbeit im Inland als Arbeit suchend gemeldet ist. Das Finanzgericht Münster weist darauf hin, dass es für die Meldung als arbeitssuchend nicht ausreicht, dass das Kind Arbeitslosengeld II bezieht. Denn dies lässt anders als der Bezug von Arbeitslosengeld I oder die Meldung als arbeitslos nicht zwingend darauf schließen, dass das Kind arbeitswillig und arbeitsbereit ist.

Urteil des FG Münster vom
15.01.2008
14 K 5119/06 Kg

Versicherungsrecht

Reparaturkostenersatz bei bereits vorgeschädigtem Unfallfahrzeug

Macht ein Unfallgeschädigter Reparaturkosten an seinem Fahrzeug geltend, die Fahrzeugteile betreffen, die bereits bei einem früheren Unfall beschädigt wurden, kann die Haftpflichtversicherung des Unfallverursachers den vollen Ersatz ablehnen, wenn der Vorschaden nur unfachmännisch durch Reparaturlackierung und Polierarbeiten und nicht durch Auswechseln der beschädigten Fahrzeugteile behoben wurde. In diesem Fall muss lediglich der Betrag ersetzt werden, der zur Beseitigung des von den Vorschäden eindeutig abgrenzbaren Schadens notwendig war. Es besteht in der Regel auch kein Anspruch auf Ersatz einer unfallbedingten Wertminderung.

Urteil des OLG Brandenburg
vom 25.10.2007
12 U 131/06

Gebäudeversicherung: durch erhitztes Fett verursachter Wohnungsbrand

Verursacht ein Mieter dadurch einen Brandschaden, dass er einen Topf mit erhitztem Fett kurz unbeaufsichtigt lässt, handelt er in der Regel nur leicht fahrlässig. In einem solchen Fall hat daher die Gebäudeversicherung des Vermieters, bei der auch Mietsachschäden mitversichert sind, für den Schaden einzutreten. Die Versicherung kann ihre Eintrittspflicht nur bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz des Versicherten oder seines Mieters verweigern. Liegt - wie hier - ein leicht fahrlässiges Verhalten des Mieters vor, steht der Gebäudeversicherung jedoch ein Ausgleichsanspruch gegen die Haftpflichtversicherung des Mieters in Höhe der Hälfte des Zeitwertschadens zu.

Urteil des OLG Karlsruhe
vom 07.02.2008
12 U 126/07

Dr. Margit Bastgen
Rechtsanwältinnen
Talweg 7 - 54516 Wittlich
Tel: 06571 - 91 24-0
eMail: kanzlei@bastgen.com

DR. BASTGEN
RECHTSANWÄLTINNEN
RECHT aktuell

Verkehrsrecht

Gebrauchtwagenkauf: Fahrzeugmangel auch bei fachgerecht beseitigtem Blechschaden

Nach dem Kauf eines sechs Jahre alten Gebrauchtwagens für 9.000 Euro stellte der Käufer fest, dass das Fahrzeug einen im Kaufvertrag nicht erwähnten Unfallschaden an Tür und Kotflügel erlitten hatte. Er verlangte die Rückgängigmachung des Kaufvertrags. Der Verkäufer wandte hiergegen ein, es handle sich lediglich um einen Bagatellschaden, der im Übrigen fachmännisch beseitigt wurde. Der Bundesgerichtshof sah dies anders und gab dem Käufer Recht.

Als Bagatellschäden sind bei Pkws nur ganz geringfügige, äußere (Lack-) Schäden anerkannt, nicht dagegen andere (Blech-)Schäden, auch wenn dadurch keine Folgeschäden entstanden sind und der Reparaturaufwand nur gering war. Hier hatte die Beseitigung des verschwiegenen Unfallschadens über 1.700 Euro gekostet. Das kann nicht mehr als Bagatellschaden bezeichnet werden. In diesem Fall ist daher auch dann von einem zum Rücktritt berechtigenden Mangel auszugehen, wenn das Fahrzeug nach dem Unfall fachgerecht repariert wurde.

Versäumnisurteil des BGH vom 10.10.2007 - VIII ZR 330/06

Rücksichtloses Überholen keine Nötigung

Wer „lediglich" rücksichtslos überholt, macht sich in aller Regel nicht wegen Nötigung strafbar. Die nötigende Einwirkung des Fahrverhaltens des Überholenden auf andere Verkehrsteilnehmer ist in solchen Fällen im Zweifel nicht der Zweck, sondern nur die in Kauf genommene Folge seiner Fahrweise. Das OLG Düsseldorf hob demzufolge ein vom Amtsgericht wegen Nötigung ausgesprochenes dreimonatiges Fahrverbot wieder auf und verhängte lediglich eine Geldbuße wegen des rücksichtslosen Überholmanövers.

Beschluss des OLG Düsseldorf vom 09.08.2007 - III-5 Ss 130/07 - 61/07 I

Erbrecht

Testamentsvollstrecker an festgesetzte Vergütung gebunden

Hat der Erblasser zur Abwicklung des Nachlasses gegen eine pauschale Vergütung einen Testamentsvollstrecker bestellt, kann dieser nach einer Entscheidung des Landgerichts München auch dann nicht zusätzlich eine so genannte Konstituierungsgebühr und auch keine Mehrwertsteuer auf die festgesetzte Vergütung verlangen, wenn er - wie beispielsweise ein Rechtsanwalt – Testamentsvollstreckungen im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit ausübt.

Ist der Testamentsvollstrecker mit der vom Erblasser festgesetzten Vergütung nicht einverstanden, muss er entweder die Übernahme des Amtes ablehnen oder mit den Erben ein höheres Honorar aushandeln.

Urteil des LG München I
vom 02.02.2007
20 O 16805/06

Arbeitsrecht

Kein Abfindungsanspruch bei zurückgenommener Kündigungsschutzklage

Nach § 1a Abs. 2 Kündigungsschutzgesetz (KSchG) steht einem Arbeitnehmer bei einer betriebsbedingten Arbeitgeberkündigung eine Abfindung zu, wenn er keine Kündigungsschutzklage erhebt.

Der Abfindungsanspruch geht auch dann durch die Erhebung der Kündigungsschutzklage endgültig verloren, wenn der Arbeitnehmer die Klage später wieder zurücknimmt. Anderenfalls würde der Zweck der Regelung unterlaufen, eine gerichtliche Auseinandersetzung über die Wirksamkeit der Kündigung zu vermeiden.

Urteil des BAG
vom 13.12.2007
2 AZR 971/06

Familienrecht

Kindesunterhalt: Ausbildungsunterhalt bei Besuch einer Abendschule

Auch wenn ein Kind auf Umwegen zum (Erst-)Abschluss der allgemeinen Schulausbildung kommt, bleibt dies selbst bei schuldhaftem Verhalten des Kindes regelmäßig ohne unterhaltsrechtliche Konsequenzen. Ein Anspruch auf Fortzahlung des Ausbildungsunterhalts kann jedoch ausgeschlossen sein, wenn nach erfolgreichem Abschluss noch eine höherwertige Qualifizierung angestrebt wird.

Der Besuch einer Abendschule für Erwachsene zwecks Erlangung des Realschulabschlusses, obgleich bereits ein Hauptschulabschluss vorliegt, zählt nach Auffassung des Oberlandesgerichts Brandenburg noch zur allgemeinen Schulausbildung. Die Teilnahme an der allgemeinen Schulausbildung erfordert unter Berücksichtigung ihrer hohen Bedeutung die volle Arbeitskraft des Schülers; deshalb sind ihm insoweit auch beim Besuch einer Abendschule in der Regel keine Nebentätigkeiten zuzumuten.

Beschluss des OLG Brandenburg
vom 04.07.2007
9 WF 159/07

Keine Untersuchungspflicht im Sorgerechtsverfahren

Das Familiengericht ist im Rahmen eines Sorgerechtsverfahrens nicht berechtigt, von einem Elternteil zu verlangen, sich beim Gesundheitsamt auf eine mögliche Alkoholerkrankung untersuchen zu lassen. Für eine derartige Anordnung gibt es im Gesetz keine Grundlage.

Beschluss des OLG Oldenburg
vom 26.03.2007
2 WF 55/07